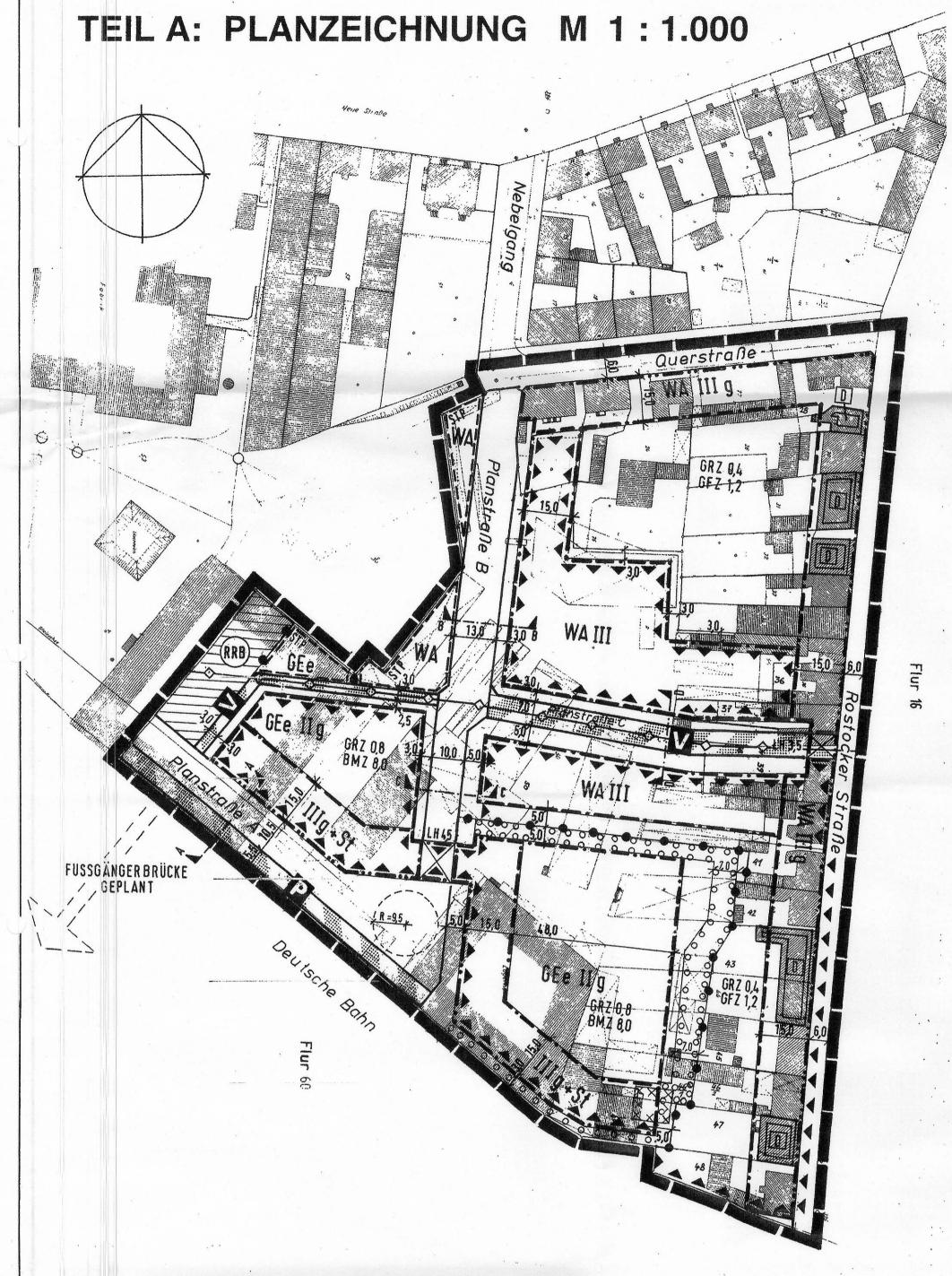
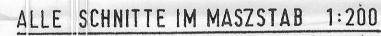
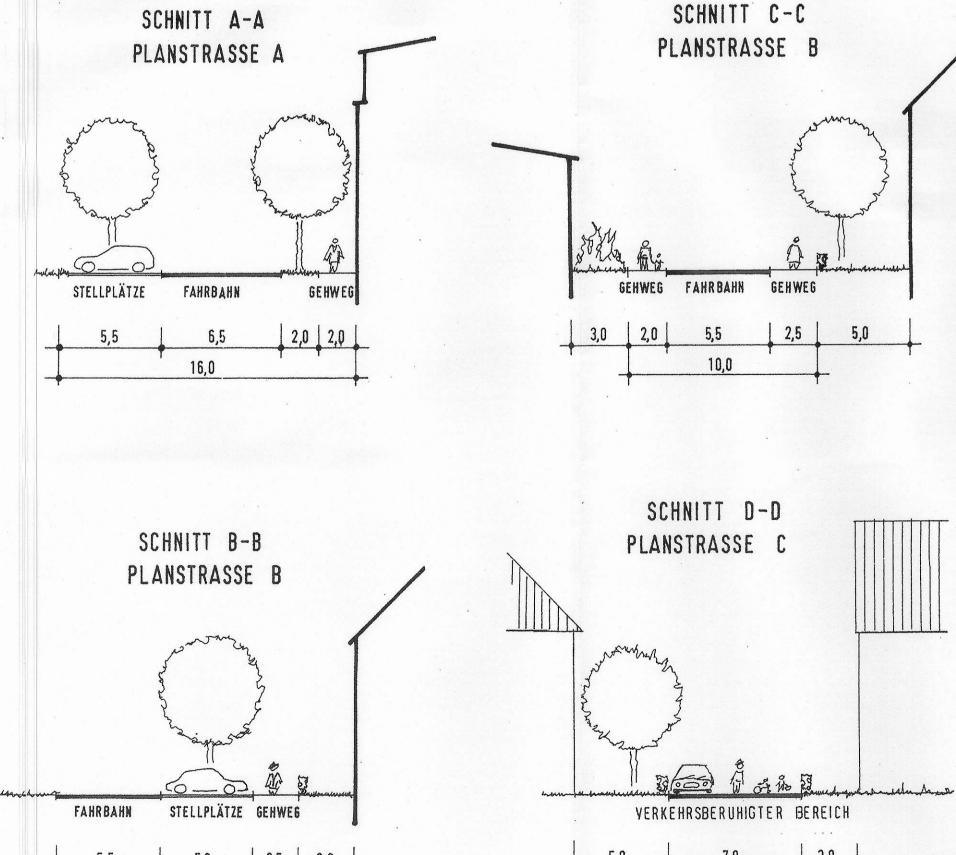
SATZUNG DER STADT GÜSTROW

UBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 42







Planzeichenerklärung

Es gilt die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 446) sowie die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58).

I. Festsetzungen

Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB und §§ 1 bis 11 der BauNVO)

GFZ06

BMZ60

Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)

Eingeschränktes Gewerbegebiet (§§ 1(5) und 8 BauNVO)

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB und §§ 16, 17, 19, 20, 21 der BauNVO)

Grundflächenzahl GRZ (z.B. 0,4) als Höchstmaß Geschoßflächenzahl GFZ (z.B. 0,6) als Höchstmaß

Baumassenzahl BMZ (z.B. 6,0) als Höchstmaß Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß Staffelgeschoß (als zusätzliches Vollgeschoß)

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 (1) 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

Offene Bauweise Geschlossene Bauweise

Überbauungen, Durchfahrten

Lichte Höhe bei Durchfahrten in Metern als Mindestmaß (z.B. 3,5 m) Verkehrsflächen (§ 9 (1)11 und Abs. 6 BauGB)

Straßenverkehrsfläche

Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung

Verkehrsberuhigter Berreich

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung u. Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen (§ 9 (1) 12 BauGB)

Zweckbestimmung:

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9(1)25 und 25 a BauGB)

000000 000000 000000

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 (1) 25 a und Abs. 6 BauGB) Desgleichen auf schmalen Flächen

Sonstige Planzeichen

 $\times \times \times \times \times$

XXXXX

Umgrenzung von Flächen für Stellplätze (§9(1)4 und 22 BauGB) Umgrenzung von Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umeltein-wirkungen (§ 9 (1) 24 BauGB)

Umgrenzung der Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind (§ 9 (5) 3 BauGB)

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 (7) BauGB) Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung oder Abgrenzung des Maßes der baulichen Nutzung innerhalb eines Baugebietes bzw. einer Grünfläche (§§ 1(4) u.16(5) BauNVO)

II. Nachrichtliche Übernahmen (§ 9(6) BauGB)

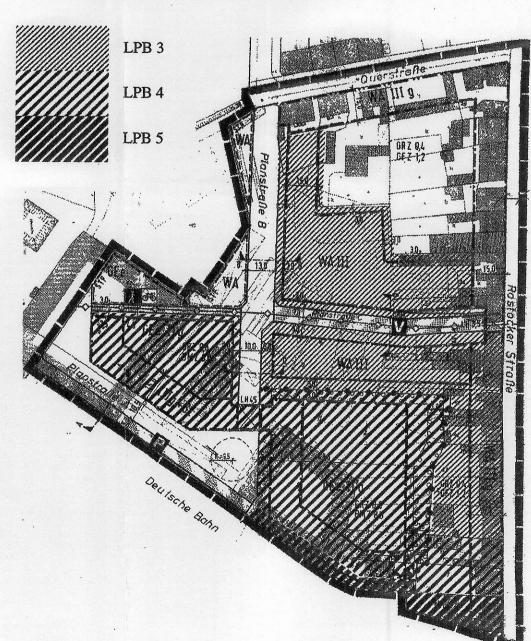
Abwasserleitung (unterirdisch)

Denkmalgeschützte Einzelanlager

III. Kennzeichnungen ohne Normcharakter Vorhandene Bebauung

Vorhandene Flurstücksgrenzen (mit Flurstücksnummern) Maßangaben in Metern

Übersichtsplan Lärmpegelbereiche (LPB) Erläuterung zur textlichen Festsetzung Nr. 5



Satzung der Stadt Güstrow über den Bebauungsplan Nr. 42

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBl. I, S. 2141 ber. I S. 137), sowie des § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) vom 26.04 1994 (GVO Bl. M-V Nr. 11 S. 518) wird nach Beschlußfassung durch die Stadtvertretung

Teil B: Text **Textliche Festsetzungen**

Für die Ausführung dieses Bebauungsplanes gelten nachstehende textliche Festsetzungen

1. Die Gewerbegebiete im Geltungsbereich dieses B-Planes sind als "eingeschränkte Gewerbegebiete" (GEe) festgesetzt. Zulässig sind ausschließlich Gewerbebetriebe, die das Wohnen nicht wesentlich stören (§ 1(5) und § 8 BauNVO).

2. Folgende Nutzungen sind ausgeschlossen: (§ 1(5) BauNVO)

> In den Allgemeinen Wohngebieten (WA):
> Gartenbaubetriebe; (§ 4(3)4 F
> Tankstellen; (§ 4(3)5 F (§ 4(3)4 BauNVO (§ 4(3)5 BauNVO 2. In den eingeschränkten Gewerbegebieten (GEe):

3. Die beiden WA-Flächen für Stellplatzanlagen westlich an der Planstr. B sind dem WA-Gebiet (WA III) an der gegenüberliegenden Seite der Planstr. B zugeordnet. (§ 21a(2) BauNVO) Die GEe-Fläche für Stellplatzanlagen östlich am Regenwasser-rückhaltebecken (RRB) ist dem GEe-Gebiet westlich der Planstraße B zugeordnet. (§ 21a(2) BauNVO)

4. Die in der Planzeichnung (Teil A) festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gelten bei der Ermittlung der bebaubaren Fläche (GRZ) als Bestandteil der Brutto-Grundfläche des jeweiligen Baugrundstückes. (§ 19(4) BauNVO)

5. Lärmschutz (§ 9(1)24 BauGB)

1. Hinsichtlich der Anforderungen an die Luftschalldämmung von Außenbauteilen der Gebäude, werden hiermit für nachfolgende Gebiete Einstufungen in Lärmpegelbereiche gemäß DIN 4109 Ausgabe 1989 "Schallschutz im Hochbau" (Kap. 5.5.1., Tab. 8) festgesetzt: Lärmpegelbereich III

 Die allgemeinen Wohngebiete WA III (Blockinnenber.);
 Das allgemeine Wohngebiet WA III g (Rostocker Straße) südl. der Planstr. C, ohne die Flurstücke 46/2, 47, 48; Lärmpegelbereich IV

 Die Flurstücke 46/2 und 47 im allgemeinen Wohngebiet WA III g (Rostocker Straße) südlich der Planstraße C; - Alle eingeschränkten Gewerbegebiete (GEe), sofern sie nicht dem Lärmpegelbereich V zugeordnet sind.

Lärmpegelbereich V

Die den Bahngleisen nächstgelegene Baugrenze im südlichen GEe-Gebiet (östlich der Planstraße B). Das Flurstück 48 (angrenzend an das Bahngelände) im allg. Wohngebiet WA III g (Rostocker Str.) südl. der Planstr. C.

Bei vollständig von der Bahn abgewandten Außenbauteilen an den Gebäuderückseiten gilt abweichend von den oben festgesetzten Lärmpegelbereichen III - V ein um jeweils eine Stufe niedrigerer Lärmpegelbereich. 2. Die direkt und seitlich zur Bahnlinie orientierten Außenbau-

teile von Wohn- und Büroräumen in Neu- und Anbauten müssen folgenden Anforderungen nach DIN 4109, Ausgabe 1989, Tabelle 8 hinsichtlich der Schalldämmung zum Schutz gegen Lärmpegelbereich (LPB) für Wohnräume für Büroräume

erf. R'w, res = erf. R'w, res = erf. R'w, res =

3. Die erforderlichen Schalldämm-Maße sind in Abhängigkeit vom Verhältnis der gesamten Außenfläche eines Raumes zur Grundfläche des Raumes nach Tabelle 9 DIN 4109, Ausgabe 1989 zu erhöhen oder zu mindern. Für Gebäude mit üblichen Raumhöhen von 2,5 m und Raumtiefen von etwa 4,5 m darf ohne besonderen Nachweis ein Korrekturwert von -2 dB herangezogen werden. 4. Das erforderliche res. Schalldämm-Maß erf. R'w, res. gilt für die gesamte Außenfläche eines Raumes. Der Nachweis der resultierenden Schalldämmung bei Außenbauteilen, die aus mehreren Teilflächen bestehen (Außenwände, Dachschrägen, Fen-

ster, Rolladenkästen, Lüftungseinrichtungen, ist nach DIN 4109, Ausgabe 1989, Tabelle 10 bzw. DIN 4109, Ausgabe 1989, Beiblatt 1, Gleichung 15 zu führen. 5. In den textlich festgesetzten Lärmpegelbereichen III - V sind Außenflächen von Schlaf- und Kinderzimmern, in denen Fenster eingebaut werden, zusätzlich mit schallgedämpften Lüftungseinrichtungen auszurüsten, deren Schalldämmungen bei der Ermittlung des resultierenden Schalldämm-Maßes R'w, res berücksichtigt werden müssen.

Örtliche Bauvorschrift über die Gestaltung (§ 9(4) BauGB in Verbindung mit § 86 (1)1 u. (3) LBauO M-V)

 In den WA-Gebieten ist die Dachneigung mit mindestens 25° und höchstens 50° festgesetzt. Für Nebenanlagen ist eine Dachneigung von weniger als 25° zulässig. 7. In den den Bauflächen GEe IIIg+St ist ein Staffelgeschoß (St) als zusätzliches Vollgeschoss zulässig. Das Staffelgeschoß ist durch geeignete bauliche Maßnahmen (Material, Farbe, Versatz, Gesimse, etc.) von den anderen Vollgeschossen gestalterisch abzusetzen Die Dachneigung von Staffelgeschossen muß mindestens 15° und darf höchsten 20° betragen. Die Ausbildung als Pultdach ist zulässig.

8. Für Dächer mit einer Dachneigung von mindestens 15° sind die Farben Schwarz, Blau und Grün ausgeschlossen. Ebenfalls ausgeschlossen sind glänzende oder reflektierende Dachoberflächen. Dies gilt auch für Nebenanlagen, Garagen, Carports.

Für begrünte Dächer ist ausnahmsweise eine Dachneigung von weniger als 15° zulässig.

10. Traufhöhen und Firsthöhen Für Wohngebäude bis zu 2 Geschossen:
- Traufhöhe max. + 6,0 m;

Für Wohngebäude mit 3 Geschossen:
- Traufhöhe max + 9,5 m; Für Gewerbegebäude in den eingeschränkten

Gewerbegebieten (GEe II g):
- Firsthöhe max. + 9,5 m; Für Gewerbegebäude in den eingeschränkten Gewerbegebieten (GEe III g + St): - Traufhöhe max + 13,0 m;

Als Bezugspunkt für die Festsetzung der Trauf- und Firsthöhen gilt die Mitte der Fahrbahn oder des Wohnweges, von der/dem las Gebäude erschlossen wird.

Werbeanlagen sind im Plangebiet nur an der Stätte der Leistung oder an der Zufahrt von der öffentlichen Verkehrsflächen zulässig. Werbeanlagen mit Fernwirkung sowie Großwerbeanlagen sind unzulässig. Werbeanlagen dürfen nur maximal bis zur Brüstungshöhe des 1. Obergeschosses angebracht werden.

Gestaltungsfestsetzungen Grün- und Freiflächen (§ 9(1) und (4) BauGB in Verbindung mit § 8 BNatSchG)

12. Bäume in Verkehrsflächen und auf Stellplatzanlagen 1. Im Bereich der Planstraße A (einschl. der Parkplätze) und der Planstraße B sind insgesamt mindestens 30 Bäume zu pflanzen. Im Bereich der Planstraße C sind mindestens 5 Bäume zu pflanzen. Auf privaten Stellplatzanlagen ist pro 5 Stellplätze ein Baum zu pflanzen.

2. Ausschließlich zulässig sind großkronige einheimische Laubbäume in 3x verpflanzter Baumschulqualität mit einem Stammumfang von 16/18 cm der u.a. Pflanzliste.

3. Die Mindestgröße der Baumscheiben beträgt 6 m². (§ 9(1)25 BauGB)

13. Stellplätze, Geh- und Radwege auf privaten Grundstücksflächen sind in wasser- und luftdurchlässigem Aufbau herzustelen. Die Wasser- und Luftdurchlässigkeit des Bodens wesentlich mindernde Befestigungen sind nur in Bereichen, die aus Gründen des Boden- und Grundwasserschutzes voll zu versiegeln sind, zulässig. (§ 9(1)16 BauGB i.V.m. § 86(1)6 LBauO M-V)

14. Tiefgaragen sind im gesamten Geltungsbereich des B-Planes zulässig. In den allgemeinen Wohngebieten (WA) sind die nicht überbauten Teile von Tiefgaragen bei einer Mindestüberdeckung mit 40 cm Bodensubstrat vollständig zu begrünen. (§ 9(1)20 und 25 BauGB)

15. Auf den "Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen" ist eine Hecke mit Großbäumen im Pflanzverband von 1,5 x 1,5 m aus heimischen, standortgerechten Gehölzen in mindestens 2x verpflanzter Baumschulqualität der u.a. Pflanzliste herzustellen. Die Pflanzung von Päymen erfalzi im Absteed von 12 met zung von Bäumen erfolgt im Abstand von 12 m. (§ 9(1)25 BauGB)

16. Auf je 150 m² nicht überbaubarer Grundstücksfläche ist mindestens ein kleinkroniger oder je 300 m² nicht überbaubarer Grundstücksfläche mindestens ein großkroniger heimischer standortgerechter Baum der u.a. Pflanzliste zu pflanzen. Der Stammumfang bei kleinkronigen Bäumen muß mindestens 12/14 cm, bei großkronigen Bäumen mindestens 16/18 cm betragen. Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind gärtnerisch anzulegen. (§ 9(1)25 BauGB) 17. Liste der standorttypischen Gehölze

Carpinus betulus
Betula pendula
Quercus robur
Salix alba
Tilia cordata

Kleinkronige Bäume
- Eberesche
- Rotdorn
- Schwedische Meh Sorbus aucuparia Crataegus laevigata Sorbus intermedia Prunus avium

Heister
- Die gleichen Baumarten wie unter
"Groß- u. Kleinkronige Bäume

Prunus padus Prunus spinosa losa canina Salix spec. Sambucus nigra Schwarzer Holunde

Gemeiner Schneball Ziersträucher
- Glockensauerdorn Berberis thunbergii u. a. Arten Calluna vulgaris in Sorten Chaenomeles japonica u. a. Arten Cotoneaster dammeri "Jürgl" Cytisus praecox in Sorten Cytisus scoparius in Sorten Lonicera pileata Mahonia aquifolium

Mahonie Falscher Jasmin Philadelphus coronarius in Sorten otentilla fruticosa in Sorten yracantha coccinea in Sorten Strauch- und Wildrosen Rosa in Arten und Sorten piraea arguta u.a. Arten u. Sorter perus sabina "Femina" u. a. Sorter Pinus mugo u. a. Unterarten

Taxus baccata "Overeynden Kletterpflanzen - Waldrebe Clematis vitalba Hedera helix Lonicera caprifolium Parthenocissus quinquefolia Parthenocissus tricuspidata "Veitchi Rosen in Sorten

18. Fassaden und Außenwände, deren Fensterabstände horizontal mehr als 5 m betragen, sind mit Schling- oder Kletterpflanzen der nachfolgenden Pflanzliste zu begrünen: Mit Rankhilfe

(Duft-Geißblatt) Lonicera x heckrottii (Immergrünes Geißblatt) (Knöterich) Lonicera henryi Polygonum aubertii (Alle Kletterrosen) Rosa spec. Selbstklimmer

Hedera helix Hydrangea petiolaris (Kletter-Hortensie) Parthenocissus quinquefolia (Wilder Wein)
Parthenocissus tricuspidata 'Veitchii' (") 19. Ständige Müll- und Abfallbehälter sind auf den Grundstücken

gen gem. nachfolgender Pflanzliste so abzuschirmen, daß sie Acer campestre
Carpinus betulus Fagus sylvatica

so anzuordnen und durch Mauern, Rankgerüste oder Pflanzun-

Ligustrum vulgare (Liguster) Gehölze zur Begrünung von Einhausungen:
(Waldrebe) (Heckenkirsche, Geißblatt) Lonicera in Arten Polygonum aubertii (Knöterich)

Rosa spec. (alle Kletterrosen) 20. Als Einfriedungen der Grundstücke sind berankte Maschendrahtzäune sowie Hecken aus heimischen, standortgerechten Gehölzen in 2x verpflanzter (2xv) Baumschulqualität (3 - 4 Triebe) gemäß nachfolgender Pflanzliste bis zu einer Höhe von 1,20 m zulässig. An Straßeneinmündungen ist eine maximale Höhe von 0,8 m vorgeschrieben (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB).

- Acer campestre Buxus sempervirens Carpinus betulus Fagus sylvatica Ligustrum vulgare Crataegus monogyna

Prunus spinosa

Juniperus communis

Hainbuche) (Rotbuche) (Gemeiner Liguster) (Eingriffliger Weißdorn) (Schlehe)

(Gemeiner Wacholder)

1. Werden bei Bauarbeiten Anzeichen für bisher unbekannte Beastungen des Untergrundes, wie abartiger Geruch, anormale Färbung, Austritt von verunreinigten Flüssigkeiten, Ausgasungen oder Reste alter Ablagerungen (Hausmüll, gewerbliche Abfälle, usw.) angetroffen, so ist der Grundstückseigentümer als Abfallbesitzer zur ordnungsgemäßen Entsorgung des bela-steten Bodenaushubes nach § 11 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) vom 27.09.1994 (BGBI. I S. 2705), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.08.1998 (BGBI. I S. 2455) verpflichtet. Er unterliegt der Anzeigepflicht nach § 42 KrW-/AbfG.

 Der Beginn der Erdarbeiten ist der unteren Denkmalschutzbe-hörde und dem Landesamt für Bodendenkmalpflege spätestens zwei Wochen vor Termin schriftlich und verbindlich mitzuteilen, um zu gewährleisten, daß Mitarbeiter oder Beauftragte des Landesamtes für Bodendenkmalpflege bei den Erdarbeiten zugegen sein und eventuell auftretende Funde gem. § 11 DSchG M-V unverzüglich bergen und dokumentieren können. Dadurch werden Verzögerungen der Baumaßnahme vermieden (vgl. § 11 (3) DSchG M-V).

3. Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gem. § 11 DSchG M-V (GVbl. Mecklenburg-Vorpommern Nr. 1 v. 14.01.1998, S. 12 ff.) die zuständige untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern oder Beauftragten des Landesamtes für Bodendenkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten. der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

4. Für die im Geltungsbereich dieses B-Planes unter Denkmalge-schutz stehenden Gebäude sind die Bestimmungen des Denk-malschutzgesetzes zu beachten. Insbesondere sind die §§ 6 (Ernaltungspflicht) und 7 (Genehmigungsvorbehalte) zu berück-

5. Das Plangebiet befindet sich in der Trinkwasserschutzzone III der Warnow. Es sind die Bestimmungen der Schutzzonenordnung der Warnow vom 22.03.1982 (Beschluß Nr. 22 der 4. Tanung der Warnow vom 22.03.1982 (Beschluß Nr. 22 der 4. Tagung des Bezirkstages Schwerin) und die Richtlinien für Trinkwasserschutzgebiete (DVGW Arbeitsblatt W 10, Teil I: Grundwasser) vom Februar 1995 einzuhalten. Das Grund- und Oberflächenwasser ist vor dem Eintrag von wassergefährdenden und eutrophierenden Stoffen zu schützen.

6. Sofern im Zuge künftiger Baugrunderschließung bzw. der Bebauung Bohrungen niedergebracht werden, sind die ausführenden Firmen gegenüber dem Geologischen Landesamt von Mecklenburg-Vorpommern meldepflichtig ([RGBl. I, S. 1223] i.d.f. des BGBl. III, 750-1, geänd. d. Ges. vom 02.03.1974 [BGBl. I, S. 469]).

7. Im Bereich des B-Planes könnten sich gefährdete Arten im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) angesiedelt haben. Deshalb ist 6 Wochen vor Beginn der Abrißarbeiten die untere Naturschutzbehörde von diesem Vorhaben zu informieren, um den Mitarbeitern dieses Amtes eine Untersuchung der betroffenen Bereiche und Gebäude zu ermöglichen. Gegebenenfalls ist eine Befreiung nach § 31 BNatSchG zu beantragen.

Vervielfältigungsgenehmigungen Die Vervielfältigungsgenehmigung für den Flurkartenauszug der Gemarkung Güstrow, Flur 14 (Genehmigung Nr. 46/95) wurde am 05.10.1995 durch den Landkreis Güstrow, Kataster- und Vermessungsamt erteilt. Die Vervielfältigungsgenehmigung für den Auszug aus der Topografischen Karte für den Übersichtsplan im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde am 01.02.1996 durch das Landesvermessungsamt M-V er-Planverfasser: Dipl.-Ing. Dierk Brockmöller Planungsbüro für Architektur und Städtebau Lessingstraße 23 • 22087 Hamburg • Tel.: 040 - 2271 53 23 • Fax.: 040 - 2271 53 24 in Zusammenarbeit mit dem

Stadtentwicklungsamt Güstrow

Verfahrensvermerke

Aufgestellt aufgrund des Aufstellungs-beschlusses der Stadtvertretung vom 10.10.1996. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist am 01.11.1996 im Güstrower Stadtanzeiger 6. Jahrgang Nr. 10/96 erfolgt.

Güstrow, 04.02.2000

2. Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 246 a Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 BauGB beteiligt worden.

Güstrow, ...04.02.2000

3. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist am durchgeführt

Güstrow,

Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 29.05.1998 zur Abgabe einer

Stellungnahme aufgefordert worden. Güstrow, 04.02.2000

Die Stadtvertretung Güstrow hat in ihrer 41. Sitzung am 04.03.1999 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Güstrow, 04.02.2000



Der Landrai

Katasier- u. Vermessungsemi

18264 Güstrow

(Bürgermeister)

Der Entwurf des Bebauungsplanes bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie der Entwurf der Begründung haben in der Zeit vom 12.04.1999 bis zum 11.05.1999 während folgender Zeiten: Mo./Mi. 7:30 - 12:00 und 13:00 - 15:00 Uhr; Di. 7:30 - 12:00 und 13:00 - 16:00 Uhr; Do. 7:30 - 12:00 und 13:00 - 17:00 Uhr; Fr 07:30 - 12:00 Uhr, nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem

Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Nieder schrift vorgebracht werden können, am 01.04.1999 im Güstrower Stadtanzeiger 9. Jahrgung Nr. 4 und durch Aushang im Rathaus vom 01.04.1999 bis 12.05.1999 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Güstrow, 04.02.2000

Der katastermäßige Bestand am 5.10.1995 wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lage-Landkreis Güstrow richtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, daß eine Prüfung nur grob erfolgt, da die rechtsverbindliche Flurkarte im Maßstab 1: 1.000 vorliegt. Regreßansprüche können nicht abgeleitet werden. Tel: 03996 / 15 54 89 Fex: 15 54 06 4. 7. 30km/2

brachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der

Güstrow. 19.06.2000

Träger öffentlicher Belange am 16.12.1999 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden. Güstrow, 04.02,2000 Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wurde am .16.12.1999 von der Stadtver-

tretung Güstrow als Satzung beschlossen.

Die Stadtvertretung Güstrow hat die vorge-

Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluß der Stadtvertretung vom 16.12.1999 gebilligt.

Güstrow, 04.02.2000 10. Die Genehmigung dieser Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Erlaß des Innenministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Nebenbestimmungen und Hinweisen erteilt.

11. Die Nebenbestimmungen wurden durch den satzungsändernden Beschluß der Stadtvertretung Güstrow vom .. erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Das wurde mit Verfügung des Innenministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern

12. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit

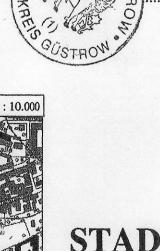
ausgefertigt. Güstrow, 24.05.2000

13. Die Erteilung der Genehmigung des Bebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind i im Güstrower Stadtanzeiger, 10. Jahrgang / Nr. 6 und üblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung

Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§§ 44 Bau GB) hingewiesen worden. Die Satzung ist

Güstrow, 16.06.2000

am ...01,06,2000... in Kraft getreten.





STADT GÜSTROW BEBAUUNGSPLAN NR. 42

Für den Bereich:

"Rostocker Straße / Querstraße"

Maßstab: 1:1000 Gemarkung Güstrow Stand: 06.10.1999 genehmigt

Reelbhroff 1.6.00

